

LVZ, vom 07.12.2007

## „Strikt gegen Profilierung“

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens – Stadträte der Fraktionen der SPD, Die Linke sowie die Initiative Sauberes Delitzscher Land – lehnen einen Zuspruch durch rechte Organisationen „grundsätzlich ab“. Dazu teilte Annelise Podsadny, die Fraktionsvorsitzende Der Linken, gestern mit: „Wir sind strikt dagegen, dass sie sich auf unsere Kosten profilieren.“ Eine Verlinkung auf die Internet-Web-Seite [www.buergerbegehren-delitzsch.de](http://www.buergerbegehren-delitzsch.de) würde so schnell wie möglich unterbunden, so Podsadny. Oberbürgermeister Heinz Bieniek (CDU) wies in der gestrigen Ausgabe auf eine „hochnotpeinliche“ Unterstützungsbekundung der „Braunen“ hin. kr

## Die letzte Gelegenheit zur Unterschrift

Regine Krüger zögert nicht lange. Erhard Koelz von der Partei Die Linken erläutert der Delitzscherin kurz den Begehr und die Frau unterschreibt. „Ich bin als Kundin der Technischen Werke zufrieden mit dem Strompreis und will nicht, dass die Stadt von dem Unternehmen Anteile verkauft“, bringt sie auf einen einfachen Nenner, was in diesen Tagen viele Bürger veranlasst, das Bürgerbegehren mit ihrem Namen und ihrer Adresse zu unterstützen. „Wir dürften inzwischen die 2000er Marke überschritten haben“, zeigt sich Jörg Bornack, SPD-Stadtrat, sichtlich zufrieden. Er verwickelt, wie auch Koelz gestern vor der Buchhandlung Engler, Passanten in ein Gespräch und fast jeder zückt den Stift.

Wie geht es nun weiter mit dem Bürgerbegehren? Kommenden Dienstag wollen die Initiatoren die Unterschriften im Rathaus abgeben. Mindestens 2350 Bürger müssen unterschreiben, zehn Prozent der Wahlberechtigten. Am Montag sind jene, die über Bürgerrechte, Aufgaben der Daseinsvorsorge und Anteilsverkäufe mehr wissen wollen, ins Bürgerhaus Delitzsch eingeladen. Ab 17 Uhr soll mit Unterstützung der Sachverständigen für Gemeinderecht Dorothea Hegele noch einmal erläutert werden, ob sich aus den Stadtratsbeschlüssen Nachteile für das Gemeinwohl ergeben und wie diese sich korrigieren lassen. „Hier haben die Bürger letztmalig Gelegenheit zu unterschreiben“, so Bornack. kr